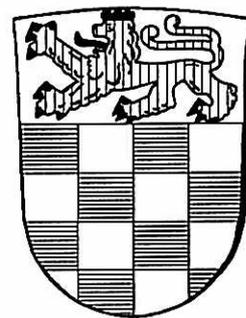


STADT SANKT AUGUSTIN



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich lade Sie zu der unten näher bezeichneten Sitzung ein. Die Tagesordnung ist beigelegt.

Sankt Augustin, den 11.11.2014

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Schumacher
Vorsitzender

01. Sitzung des Unterausschusses für Bürgerangelegenheiten des Rates der Stadt Sankt Augustin

Sitzungsort kleiner Ratssaal, Markt 1, 53757 Sankt Augustin				
Datum 26.11.2014	<input checked="" type="checkbox"/> öffentliche Sitzung	Uhrzeit 17:30 Uhr		

EINLADUNG

Sehr geehrter Mandatsträger,
sehr geehrte Mandatsträgerin,

nachfolgend erhalten Sie die Papiereinladung zu v. g. Sitzung.

Der Bürgermeister bietet Ihnen an, unter Einhaltung der in der Geschäftsordnung des Rates festgelegten Fristen einen Hinweis per E-Mail zu übersenden, wenn eine neue Einladung, ein Nachtrag oder eine Niederschrift vorliegt und die Informationen über das Ratsinformationssystem abgerufen werden können.

Wenn Sie künftig auf den Papierversand von Sitzungsunterlagen dieses Gremiums verzichten möchten, senden Sie bitte den untenstehenden Abschnitt ausgefüllt und unterschrieben an: Stadt Sankt Augustin, BRB, Herr May, 53754 Sankt Augustin.

Bitte hier abtrennen und zurücksenden an: Stadtverwaltung, BRB, Herr May, 53754 Sankt Augustin

Name, Vorname

Datum

Ich erhalte von der Stadtverwaltung, Ratsbüro, unter Einhaltung der in der Geschäftsordnung des Rates enthaltenen Fristen einen Hinweis per E-Mail, wenn neue Sitzungsunterlagen (Einladungen, Nachträge, Niederschriften) im Ratsinformationssystem eingestellt sind. Dieser Hinweis soll an folgende Email-Adresse übersandt werden:

E-Mail-Adresse

Änderungen der Email-Adresse teile ich dem Ratsbüro unverzüglich mit.

Unbeschadet der Regelungen der Geschäftsordnung des Rates (§ 3 Abs. 1, § 33) verzichte ich im Gegenzug auf den Versand von Sitzungsunterlagen in Papierform (Einladungen, Nachträge, Nachreichungen, Niederschriften) für das nachstehend genannte Gremium der Stadt Sankt Augustin, dem ich als ordentliches oder stellvertretendes Mitglied angehöre:

Ich erkläre, dass ich Sitzungsunterlagen, die mir nach diesem Verfahren übermittelt wurden, fristgerecht erhalten habe.

Diese Erklärung gilt für den **Unterausschuss für Bürgerangelegenheiten** und kann jederzeit schriftlich oder per E-Mail widerrufen bzw. angepasst werden.

Unterschrift

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 14/0369 **Anregung gemäß § 24 GO NRW; Befassung des Rates mit den Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA wegen Gefährdung wesentlicher Elemente kommunaler Selbstverwaltung**

Seite: 1 Berichterstatter/in: Dez. I

UA BUKG
D. Nr. 14/10369

Anregung gemäß § 24 GO NRW

Befassung des Rates mit den Freihandelsabkommen TTIP, ~~TiSA~~ und ~~CETA~~ wegen Gefährdung wesentlicher Elemente kommunaler Selbstverwaltung

Sehr geehrte/r Frau/Herr Bürgermeister/in,
sehr geehrte Damen und Herren des Rates,



unter Bezug auf § 24 GO NRW regen wir an, dass der Rat

- sich mit den Freihandelsabkommen TTIP, TiSA und CETA ~~insoweit auseinandersetzt~~, als sie geeignet sind, das kommunale Selbstbestimmungs- und Selbstorganisationsrecht zu beschneiden, zu gefährden oder gar außer Kraft zu setzen.
- sich in einer Resolution gegenüber Öffentlichkeit, Parlamenten und Bundesregierung für die Ablehnung bzw. den Abbruch der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form ausspricht.
- sich der Initiative anderer Kommunen in Deutschland und Frankreich anschließt und die eigene Gemeinde zur TTIP-freien Kommune erklärt.

Zur Begründung führen wir an:

Die beiden Freihandelsabkommen TTIP und TiSA werden z. Zt. noch verhandelt, CETA wurde vor kurzem abgeschlossen, muss aber noch ratifiziert werden. Alle Abkommen sind nach bisher in die Öffentlichkeit durchgedrungen Informationen in wesentlichen Teilen wenig konkret und stark auslegungsbedürftig formuliert sowie vielfach mit sogenannten "Ewigkeitsklauseln" versehen. Sie bergen gerade damit verstärkt das Potenzial zu letztendlich verheerenden Auswirkungen auf die Möglichkeiten zur Umsetzung kommunaler politischer Willensbildung (Beispiele siehe Anlage 1), auch in Ihrer Kommune. Dies wird zum Schaden der durch Sie vertretenen Bevölkerung führen.

Die o.g. Abkommen beschränken das demokratische Selbstbestimmungs- und Selbstorganisationsrecht der Kommunen wesentlich. Wichtige Tätigkeitsfelder einer Kommune werden zwangsläufig den Gewinnerwartungen eines privaten Marktes ausgeliefert. Eine sachgerechte und bevölkerungsnah freie Entscheidung, welche Aufgaben sinnvollerweise kommunal und welche privatwirtschaftlich wahrgenommen werden sollten, ist nicht mehr möglich. Kommunale Entscheidungen im Hinblick auf eine zukünftig notwendige nachhaltige Entwicklung, die Gewinnerwartungen internationaler Konzerne beeinträchtigen könnten, laufen Gefahr, in teuren und langwierigen Schadensersatzprozessen vor demokratisch nicht legitimierten "privaten Schiedsgerichten" ohne Berufungsinstanz zu enden.

Alle genannten und zukünftigen Abkommen sollten von daher die volle Aufmerksamkeit und Initiative auch der Kommunalpolitik hervorrufen, denn: Die kommunalen Selbstverwaltungsrechte, die heute nicht verteidigt werden, sind für die folgenden Generationen unwiederbringlich verloren!

Entsprechend haben kommunale Spitzenverbände und einzelne Kommunen bereits interveniert und auf die Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben und -rechte durch die o.g. Abkommen hingewiesen (Internetverweise siehe Anlage 2)

Zur Abwehr dieser Bedrohung der Interessen des Gemeinwesens bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Widerstands, der damit beginnt, sich der Gemeinwohlgefährdung bewusst zu werden und darüber aufzuklären. Dazu ist unter dem Zeitdruck einer in ein bis zwei Jahren geplanten Ratifizierung umgehend aktives Handeln jeder einzelnen Kommune notwendig.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage 1

Beispiele für Eingriffe in Angelegenheiten kommunaler Selbstverwaltung durch die genannten Freihandelsabkommen

Eingriffe in Ausschreibungen und Auftragsvergaben:

- Unterlaufen üblicher Auflagen (z.B. Einhaltung von Sozial-, Umwelt-, Qualitätsstandards) bei öffentlichen Ausschreibungen und Auftragsvergaben.
- Gefährdung der Durchführung von Maßnahmen in Eigenregie.

Eingriffe in Öffentliche Dienstleistungen:

- Gefährdung des Betriebs kultureller Einrichtungen (Museen, Theater, Orchester, Musikschulen u.Ä.) und deren Subventionierung aus öffentlichen Mitteln bzw. durch deren Quersubventionierung aus Erträgen kommunaler Betriebe. Gleiches gilt für Schwimmbäder, Sportvereine, Sportanlagen u.Ä.
- Gefährdung der Subventionierung "unrentabler" Linien des ÖPNV.

Eingriffe in die kommunale Daseinsvorsorge:

- Gefährdung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung und des Gewässerschutzes in kommunaler Hand durch Privatisierungszwänge.
- Gefährdung der Ziele von Stadtwerken auf dem Energie- und Klimasektor, Eingriffe in Regelungen zum Anschluss- und Benutzungszwang.
- Gefährdung der Einrichtungen kommunaler Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Kindergärten, Senioren- und Pflegeheime etc.) hinsichtlich flächendeckender Verfügbarkeit, hoher Qualität und Bezahlbarkeit ihrer Nutzung für die Bürger durch Privatisierung und Kommerzialisierung.

Eingriffe in die Haushalts- und Finanzhoheit und die Wirtschaftsförderung:

- Einschränkungen für die örtliche Wirtschaftsförderung zeitigen Negativeinflüsse auf die örtliche Wirtschaftsstruktur und den örtlichen Arbeitsmarkt. Damit drohen verschärfte Probleme für die kommunalen Haushalte mit weiteren Einschränkungen der finanziellen Spielräume. Privatisierungen und Deregulierungen sind geeignet, die Schwierigkeiten in einer Endlosschleife zu verschärfen.

Eingriffe in die Planungs- und Gestaltungshoheit der Kommunen durch Investorenschutz:

- Die kommunale Planungs- und Gestaltungshoheit muss bei allen Entscheidungen und Beschlüssen (z.B. Auflagen in Bebauungs- und Raumordnungsplänen, einschränkenden Regelungen oder kommunalen Satzungen etc.) in „vorausgehendem Gehorsam“ einen möglichen Investorenschutz berücksichtigen, um die Risiken von Klagen und Entschädigungszahlungen zu vermeiden.
Dies ist nicht nur ein massiver Eingriff durch die Abkommen in wesentliche Bereiche kommunalen Entscheidens und Handelns, sondern kommt einer Selbstaufgabe kommunaler Politik gleich.

Fazit

Der Aushöhlung verfassungsmäßig garantierter Rechte der Kommunen durch die genannten Abkommen wird Tür und Tor geöffnet. **Die wirtschaftlichen Handlungsalternativen der Kommunen werden stark beeinträchtigt.**

Anlage 2 - Links

- 1) **Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, DStGB und VKU: - Gemeinsames Positionspapier zu internationalen Handelsabkommen und kommunalen Dienstleistungen**

http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/internet/fachinformationen/2013/pp_ttip_20141001.pdf

- 2) **Statement des Deutscher Städte- und Gemeindebundes (DSTGB) zum Freihandelsabkommen:**

<http://www.dstgb.de/dstgb/Home/Positionspapiere/Freihandelsabkommen%3A%20Chancen%20nutzen,%20Risiken%20vermeiden,%20Transparenz%20herstellen/PP%20Freihandelsabkommen%20020614.pdf>

- 3) **Pressemitteilung des Deutschen Landkreistages TTIP: Daseinsvorsorge darf nicht unter die Räder kommen:**

<http://www.landkreistag.de/presseforum/pressemitteilungen/1423-pressemitteilung-vom-8-juli-2014.html>

- 4) **Stellungnahmen des Bayerischen Städtetages:**

a) *Bayerischer Städtetag - Freihandelsabkommen bedrohen die kommunale Daseinsvorsorge - Maly: Bürgerschaft, Kommunen, Bund und Freistaat müssen auf der Hut sein*

<http://www.bay-staedtetag.de/index.php?id=9859,140>

b) *Bayerischer Städtetag: Internationale Freihandelsabkommen bedrohen die Daseinsvorsorge*

<http://bayrvr.de/2013/11/08/bayerischer-staedtetag-internationale-freihandelsabkommen-bedrohen-die-daseinsvorsorge/>

c) *Bayerischer Städtetag: Freihandelsabkommen gefährden die kommunale Daseinsvorsorge*

<http://bayrvr.de/2014/07/10/bayerischer-staedtetag-freihandelsabkommen-gefaehrden-die-kommunale-daseinsvorsorge/>

- 5) **Beschluss der Bürgermeister des Kreisverbandes Roth des Bayerischen Gemeindetages:**

<http://bayernsgk.de/workspace/media/static/beschluss-buergermeister-des-l-53df3fc533322.pdf>

- 6) **Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Kassel:**

[http://www.svc1.stadt-](http://www.svc1.stadt-kassel.de/sdnet4/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok4KfyIguDWsDSm4Rj3Qe.KavCYv8Sm5Sm4LeyGavEZs9Tn8Sr1Ni1Mbylar9Ur8Si3RgzGexHcGJ/Beschlusstext_101.17.1400_-oeffentlich-_Stadtverordnetenversammlung_21.07.2014.pdf)

[kassel.de/sdnet4/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok4KfyIguDWsDSm4Rj3Qe.KavCYv8Sm5Sm4LeyGavEZs9Tn8Sr1Ni1Mbylar9Ur8Si3RgzGexHcGJ/Beschlusstext_101.17.1400_-oeffentlich-_Stadtverordnetenversammlung_21.07.2014.pdf](http://www.svc1.stadt-kassel.de/sdnet4/sdnetrim/Lh0LgvGcu9To9Sm0NI.HaylYu8Tq8Sj1Kg1HauCWqBZo5Ok4KfyIguDWsDSm4Rj3Qe.KavCYv8Sm5Sm4LeyGavEZs9Tn8Sr1Ni1Mbylar9Ur8Si3RgzGexHcGJ/Beschlusstext_101.17.1400_-oeffentlich-_Stadtverordnetenversammlung_21.07.2014.pdf)

- 7) **Infos von attac zum Thema TTIP:**

a) *Freihandelsfalle TTIP*

<http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/freihandelsfalle-ttip/>

b) *Auswirkungen der transatlantischen Freihandelsabkommen auf die kommunale Ebene*

<http://theorieblog.attac.de/was-hat-das-ttip-mit-den-kommunen-zu-tun/>